

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stadthausstraße 34/35 (Eingang: 5-6 Uhr)
Telefon: Amt Moritzplatz 12579

Erscheint dreimal wöchentlich, Sonntags und Montags einmal.

Verlag: Die Rote Fahne, Berlin S 14
Stadthausstraße 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12579)

Der Preis beträgt 20 Pfennig. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 18 Pfennig. Bei Abnahme von 500 Exemplaren 15 Pfennig. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 12 Pfennig. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren 8 Pfennig. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren 6 Pfennig. Bei Abnahme von 20000 Exemplaren 5 Pfennig. Bei Abnahme von 50000 Exemplaren 4 Pfennig. Bei Abnahme von 100000 Exemplaren 3 Pfennig. Bei Abnahme von 200000 Exemplaren 2 Pfennig. Bei Abnahme von 500000 Exemplaren 1 Pfennig. Bei Abnahme von 1000000 Exemplaren 1/2 Pfennig.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abdruck aus dem Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1. März 1920. Die Rote Fahne ist ein Organ der Partei. Die Rote Fahne ist ein Organ der Partei. Die Rote Fahne ist ein Organ der Partei.

Das englisch-russische Handelsabkommen vor dem Abschluß

(E.U.) London, 23. Februar.

„Daily Mail“ schreibt, daß dieser Tage Krasin in London zurückkehrt wird. Er hat von der Moskauer Regierung Bodensätze erhalten, die Verhandlungen über den englisch-russischen Handelsvertrag zu beendigen. In russischen Kreisen wird erklärt, daß beide Parteien mit einigen kleinen Änderungen des Vertrages einverstanden sind.

Krasin über russische Wirtschaftspläne

(E.U.) Moskau, 22. Februar. (Frankfurter Zeitung.)

Am Sonntag traf in Moskau der nach London reisende Sowjetminister Krasin ein. Er hielt einige Tage in Moskau, um durch persönliche Verhandlungen mit dem polnischen Finanzminister Stoczekowski die viel umstrittene Goldfrage zu klären. In Moskau fand eine Konferenz sämtlicher russischer Handelsagenten statt, wobei Krasin für die im Frühjahr geplante Wiederannahme des Außenhandels festgelegt wurde. Über die Resultate der Beratungen erklärte Krasin in Moskau, daß ein detaillierter Import- und Exportplan ausgearbeitet sei. Eingeführt werden soll nur das zur Lösung des Handelsproblems, der Landwirtschaft und der Industrie unerlässlich sei. Den Verkehr ausländischer Wärsen, das russische Gold zu beschaffen, wenn Krasin eine goldene Wärsen des Auslandes, Russland sei bereit, auf eine Propagandaarbeit zu verzichten, sobald die Großindustrie mit Moskau rechtmässige Vorteile abgesehen haben. In Berlin beschäftigt Krasin Verhandlungen über aus Deutschland zu beziehende Waren zu führen. Nach London kehrt er mit neuen Bodensätzen zurück, die ihn ermächtigen, den Vertrag mit England zu unterzeichnen, was durch gegenseitigen Zugeständnisse beschleunigt und sicher im Laufe des März erfolgen werde.

Eine beachtenswerte Kundgebung der russischen Sozialrevolutionäre

Das Zentralkomitee der Partei der russischen Sozialrevolutionäre nimmt in einem Manifest, das in Moskau veröffentlicht wird, scharf Stellung gegen die russische Konstante, die sich in Paris etabliert hat. In diesem Manifest lehnen die Sozialrevolutionäre alle Verantwortung für ihre Mitglieder ab, die sich an der Pariser Konferenz beteiligt haben. Sie fordern diese Mitglieder auf, sofort alle Beziehungen zur Konferenz abzubauen, alle Funktionen niederzulegen, die sie dort übernommen haben, und erklären gleichzeitig für die Partei, daß alle Beschlüsse, die in Paris gefaßt wurden, scharfste Ablehnung erfahren. Sollten sie an jener Konferenz, beteiligten Parteimitglieder sich dem Manifest zum Ausdruck gebrachten Grundrissen nicht fügen, so hätten sie ihren Ausschluss aus der Partei zu erwarten.

Die diplomatischen Vertreter Russlands erhalten das Monopolverrecht

Die Dena meldet aus Moskau:

Die Sowjetregierung hat ihren diplomatischen Vertretern das Monopolverrecht für die Ausfuhr aus Russland gegeben und sie dadurch in die Lage versetzt, alle finanziellen Kredite, die zur Unterstützung der Propaganda notwendig sind, durch Handelsoperationen zu erhalten. Der erste Teil der Meldung dürfte zutreffend, der zweite ist ganz offensichtlich erlogen. Da das Verhalten der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern nach den Beziehungen mit Russland immer härter wird, sollen die Maßnahmen, die die Sowjetregierung zur Förderung der Beziehungen trifft, dadurch verdrängt und hintertrieben werden, daß man sie als Maßnahmen „bolschewistischer Propaganda“ hinstellt. Der Trick ist so plump, als daß er bei den Arbeitern verfangen würde.

Alle Augen sind auf sie gerichtet

Die Konferenz der 2 1/2-Internationalen

(E.U.) Wien, 22. Februar.

Heute nachmittag trat die Internationale Sozialistenkonferenz unter dem Vorsitz Bonquet (1) zusammen.

Dr. Friedrich Adler begrüßte im Namen des in Wien eingetragenen Komitees die Konferenz und bemerkte: Wir haben die Konferenz an das an, was wir bis Juli 1914 als heilige Überzeugung festgehalten haben, daß die Proletarier aller Länder nur einen Feind haben, die Bourgeois aller Länder. In Verneinung der Aufgabe der Konferenz erklärte der Redner: Wir geben uns nicht der Illusion hin, als ob die Internationale mit einem Schlag wiederherstellbar wäre. Ebenso, wie in Genf oder Moskau, ist hier ein Drittel (1) des Proletariats vertreten. Man nennt uns höchstens das Zentrum. Ja, wir sind das Zentrum. Wir sind in der gleichen Weise entfernt von der neuen Umgebung Moskaus und dem städtischen Unglauben der Dritten Internationale Genfs. Die Politik von Moskau hat uns die schwierigsten Probleme gestellt. Die Zweite Internationale ist von uns mit anderen Augen an, weil wir wissen, welche historische Mission sie erfüllt hat. Wenn Moskau Politik bei uns gelehrt hätte, so hätte es sich nicht als eine Konferenz gegeben, sondern ein Regime der Diktatur der Bourgeois wäre hier aufgerichtet worden, ein Regime der Kontrevolution. Wir wollen

Die Wirtschaftssorge in der russischen Provinz

(Privattelegramm der Roten Fahne.)

Zum Zwecke der Bereinigung und Festigung der wirtschaftlichen Tätigkeit des ganzen Sowjetapparats in der Provinz, und zwecks seiner Heranziehung zu örtlichen und allgemein staatlichen Aufgaben beschloß der Kongress, bei den Gouvernementsregulativkomitees Wirtschaftskongressen zu veranstalten, um die Tätigkeit der Organisationen des Obersten Wirtschaftsrats, des Verpflegungskommissariats, des Arbeitskommissariats, des Finanzkommissariats in Einklang zu bringen. Die Sitzungen der Kongresse müssen mindestens zweimal im Monat stattfinden.

Die Zentral- und Hauptanstalten des Obersten Wirtschaftsrats werden in leitende Organe umgewandelt, die Beschlüsse erteilen und die Arbeiten der Wirtschaftsräte in den Gouvernements auf Grund des einheitlichen staatlichen Wirtschaftsplans regeln und kontrollieren. Mit der unmittelbaren Verwaltung der Unternehmungen werden die Gouvernementsregulativkomitees und ihre entsprechenden Abteilungen betraut. In unmittelbarer Verwaltung des Obersten Wirtschaftsrats und seiner Abteilungen der Haupt- und Zentralanstalten, verbleiben nur ausgesprochen vertraute Unternehmungen, wie die großen Metallfabriken, Elektrizitätswerke und der Bergbau usw. Die Ausarbeitung und Befolgung der Produktionsprogramme und Verordnungspläne, und die allgemeine Leitung der gesamten Industrie obliegt dem Obersten Wirtschaftsrat und seiner Organe.

Eine gewerkschaftliche Tageszeitung in Sowjetrussland. Wie aus Moskau gemeldet wird, ümdegt der Generatrat der russischen Gewerkschaften die Herausgabe einer Tageszeitung mit dem Titel „Arbeit“ (Arbeit) an. Die Aufgabe dieser Zeitung wird die Einführung der Arbeitermassen in die Organisation des kommunistischen Staates und die Behandlung speziell gewerkschaftlicher Fragen sein.

Die Sowjetregierung gegen die Silberbandtruppen im Wiener Gebiet

Stichtag für den Wiener Regierung eine Note mit der Aufforderung gegeben, daß sofort zu sein, daß die Silberbandtruppen im Wiener Gebiet nicht als eine Gefahr angesehen werden können. In der Bewegung des Gebietes mit Silberbandtruppen betont Stojanow, daß zwischen dem Silberband und Sowjetrussland keine Beziehungen bestehen, da einige Mitglieder des Silberbandes der Sowjetregierung immer noch feindlich gegenüberstehen. Deshalb müsse die Sowjetregierung internationale Gruppen als feindliche Substanzen ansehen. Die Sowjetregierung gibt der fester Überzeugung Ausdruck, daß die Wiener Regierung nicht erlaube, daß das Gebiet von Wien von Silberbandtruppen besetzt wird. Die russische Regierung möchte das Erscheinen dieser Truppen als feindlichen Akt betrachten, der den Frieden mit Sowjetrussland bedroht.

Der Moskauer Sowjet ehrt das Andenken Krapotkins

(E.U.) Moskau, 22. Februar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Kollektivsammlung des bürgerlichen Sowjets zur Ehre des Andenkens des bahngeschichtlichen Führers Krapotkin beschlossen, der Straße, in der Krapotkin geboren wurde, den Namen Krapotkinstraße zu geben, sein Moskauer Wohnhaus als Krapotkin-Museum einzurichten, der Staatsbibliothek den Namen Krapotkins zu geben, sein Sterbehaus in Smolnow seiner Familie zu schenken, und eine Gesamtansage seiner Werke so rasch als möglich zu veranlassen.

nicht eine Internationale errichten, dazu ist die Zeit noch nicht reif, sondern wir wollen eine Arbeitsgemeinschaft von Parteien errichten, die sich zum Ziel gesetzt haben, ihre Arbeit intensiv einer Idee zu widmen, die das gesamte Weltproletariat umfaßt.

Bonquet erwiderte namens der französischen Delegation und erklärte: Wir sind jetzt in Begriff, ein Internationalisationszentrum zu schaffen, auf das alle Sozialisten die größten Hoffnungen setzen. In Moskau herrscht eine Konferenzatmosphäre. Es herrscht dort eine Auffassung, welche zahlreiche Sozialisten auszeichnet, während man Leute rief, die keine Sozialisten sind, Anarchisten oder Nationalisten des Ostens, deren Ziele nichts gemein haben mit dem Kampfen des Sozialismus.

Sobann begrüßte der Bürgermeister der Stadt Wien, Reumann, namens der Mehrheit des Gemeinderates den Kongress. Der Delegierte der Sozialisten von Serbien, Topalovic, stellte den Antrag, die bisherige Kommission, bestehend aus Adler, Grimm, Schönbauer und Wolfhard, als ständiges Präsidium zu bestellen. Der Antrag wurde angenommen.

„Wenn diese Politik bei uns gelehrt hätte“, diese Politik der „neuen Umgebung Moskaus“ — dann hätte es sich keine Wiederherstellung der Internationale gegeben, die wir hier in Wien sehen. Adler sagt, dort anzukommen, woran bis Juli 1914 festgehalten worden war als heilige Überzeugung, nämlich beim Glauben an den schismatischen sozialdemokratischen Reformismus. Wie gut wäre doch etwas „Kampferatmosphäre“ für die geschwungenen Weichtlinge dieser Konferenz zu Bonquet und Schönbauer.

Braucht man die Judasse noch?

Mit einem Ernst, als ob das Schicksal der Welt davon abhängen würde, gehen die einzelnen Parteien an die schwere Arbeit des sich gegenseitig Anknüpfens und Anstrebens, an das Ausrechnen ziffernmäßiger Mehrheiten usw., um durch Addition und Subtraktion die Grundlage oder gar die „moralische“ Berechtigung für irgendeine der möglichen Regierungsbildungen in Preußen festzustellen. Als ob diese Konstruktionen irgend etwas an dem realen Kräfteverhältnis der Klassen, das natürlich im Parlament in keiner Weise richtig in Erscheinung treten kann, ändern würden und nicht im besten Falle ein Versuch wären, die Einstellung zu finden, die das Bürgertum angesichts des bestehenden Kräfteverhältnisses braucht, um der proletarischen Revolution am besten entgegenzuwirken zu können. Wenn uns an diesem ganzen Schacher irgend etwas interessiert, so ist es die Rolle, die dabei die Sozialdemokraten spielen dürfen, denn sie ist bezeichnend dafür, wie das Bürgertum seine Kraft und die gegenwärtige Situation einschätzt, oder richtiger, wie die einzelnen Schichten der Bourgeoisie darüber denken.

Von den Reaktionsären wird die Anschauung vertreten, die Revolution sei bereits genügend abgebaut, um den Scheidemännern den wohlverdienten Fußtritt versehen zu können. Sie wünschen im Reich und in Preußen eine rein bürgerliche Regierung, von der sie annehmen, daß sie bald bayrischen Charakter gewinnen würde. Aber auch sie sind natürlich viel zu klug, um nicht zu sehen, daß die politische Entwicklung seit der Revolution zwei Seiten hat. Auf der einen Seite ist die politische, die Staatsmacht der Bourgeoisie dank des Verrates der Menschweifen wohl sehr erparnt und durch die Verschärfung des Kampfesgegenstandes auch der Kampfrolle der Bourgeoisie stark, auf der anderen Seite steht aber diesem Verlustkonto der Revolution ein viel schwerer wachsendes Gewinnkonto im Einklang der Kraft gegenüber, die der ganzen kapitalistischen Herrschaft den Rest geben wird, des revolutionären Willens im Proletariat. Und so sind selbst die reaktionären Profiteure von ganz rechts noch etwas bedenklich. Die „Reife“ z. B. spricht nur von der „Möglichkeit“ einer solchen Regierung, die für Preußen „legitimistisch“ wäre, fügt aber hinzu: „So wie die Dinge heute liegen, müßte sie von vornherein mit Widerständen rechnen, deren Stärke durchaus nicht unterschätzt werden soll.“

Am bezeichnendsten ist die Haltung der geriffelten und klüftigen bürgerlichen Partei, des Zentrums. Diese Partei hat in den Wahlen nur wenig gelitten, ihre Position ist aber durch den Rückgang der anderen Koalitionsparteien etwas verbessert. Sie kann an den verschleierten Kombinationen teilnehmen, ist aber in jeder unentbehrlich. Diese Tatsache sucht sie auszunutzen, um den Sozialdemokraten noch etwas mehr auszupressen als bisher, sie hält sich aber wohl, dem Wiederwerden der äußersten Rechte sehr schon Höhr zu schenken und die Sozialdemokraten ganz fallen zu lassen. Ihr führendes Blatt, die „Germania“, schreibt:

„So stark auch die Beziehungen innerhalb der Parteigruppen zur Rechten und zur Linken sein mögen, so hoch man die unüberwindliche Ernüchterung im sozialistischen Lager, von der wir gehen sprechen, und die Junahme der Deutschnationalen einschätzen mag, die Grundlage aller nachrevolutionären Politik in Deutschland ist unter Achtung nach nicht zu unterschätzen, daß gegen die Sozialdemokratie nicht regiert werden kann. Es bedarf kaum der näheren Erklärung, daß die Tatsache des Vorhandenseins eines rein bürgerlichen Kabinetts im Reich dieser Auffassung keineswegs widerspricht, denn die „Sozialdemokratie“ dieses Kabinetts ist nur eine Ankerkertheit.“

Das Wesen der deutschen Reichsregierung ist da völlig zutreffend als eine verschleierte Koalition der Rechtssozialisten mit der Deutschen Volkspartei gekennzeichnet, und die Schwächung der Rechtssozialisten dazu auszunutzen, eine solche offene oder verdeckte Koalition auch in Preußen den Scheidemännern aufzunutzen, dazu, aber auch nur dazu scheinen dem Zentrum die Dinge bereits weit genug gediehen zu sein.

Ja, nicht nur das Zentrum, sondern alle Parteien, aus denen sich die deutsche Reichsregierung zusammensetzt, halten den Augenblick für günstig, um die Rechtssozialisten dazu zu zwingen, auch im Reich die verdeckte mit der offenen Koalitionspolitik zu vertauschen und vor aller Welt der monarchistischen Volkspartei den Verschönerungsstich zu verabreichen. Dagegen sperren sich die Rechtssozialisten natürlich aus allen Kräften. Sie fürchten, daß die Entfaltung der wahren Natur ihrer Politik wieder die Wähler betreiben könnte, die eben reuig aus dem Silberlinglager zurückkehrten. Aber bei allem Geschehewagen sie doch nicht, ein ungewichtiges und einschüßendes Wien von sich zu geben. Denn schließlich verlangt man ja keine Änderung ihrer Politik von ihnen, sondern nur eine Enthaltung. Aber die Dinge liegen so, daß man die Sozialdemokraten noch braucht, und wenn ihnen das Zentrum damit etwas abzupressen versucht, daß in Preußen schließlich andere Kombinationen möglich sind, so haben die Sozialdemokraten die Gegenüber, die sie freilich nie wahr machen würden, daß sie die Reichsregierung auch nicht mehr heimlich unterstützen würden. Der „Vorwärts“ sagt sehr deutlich, wenn ihr allzuviel (d. h. allzuviel unangenehme Selbstenttarnung) von uns ver-

Kant, kann es dahin kommen, daß ihr „in Reichung in Preußen überhaupt keine“ Regierung hat. Das ist natürlich eine leere Drohung, denn die Schelbemannern fürchten zu sehr, daß ein solcher Zustand das Proletariat auf den Plan rufen könnte, aber es ist ein Wink mit dem Zaunpfahl, um anzudeuten, daß die Bourgeoisie die Vertreter noch braucht. Andererseits wissen aber die Bourgeois, daß die Schelbemannern Gefangene ihrer eigenen Politik sind. Wie der Ruffhandel ausgeht, wird sich ja bald zeigen. Sichtlich kommt die Koalition von der Volkspartei bis zu Schelbemann zustande, und fraglich ist nur, ob dies offen oder heimlich geschehen wird. Die Revolution wird aber durch diesen Verrat ebensovienig wie durch die verräterische Haltung der Hilferlinge aufgehoben werden, die in allogenotischer Halbheit nur für heimliche Unterstützung der kapitalistischen Republik sind. Auch durch ihren Verrat leisten die Menschwichten der Revolution einen Dienst, der freilich den Schaden nicht aufwiegt, sie demotivieren sich vor den Arbeitern und beschleunigen die Entwicklung, die dazu führen muß, daß die breiten Massen des genuinen und ausgebeuteten Volkes in der Partei der Revolution die berufene Führerin im Kampfe sehen, sich in gewaltigen Massentätigkeiten um sie scharen und zu einer selbstgezügten Front werden, deren letztem Aktum schließlich die kapitalistische Demokratie erliegt, um der Diktatur des Proletariats Platz zu machen, die mit starker bewaffneter Faust die Bourgeoisie niederhält und den bescheidenen Sozialismus aufbaut.

Politische Uebersicht

Der Weiße Schreden in Naumburg

Aus Naumburg wird uns geschrieben: Naumburg, genannt Rappstadt, das Asyl der hohen Beamten, Pensionäre und Nichtstuer, ist einer von den Orten Deutschlands, wo die Reaktion planmäßig und ungehindert ihre gegenrevolutionären Pläne schmieden kann. Als und zu lüftet sich der Schleier, und in grellen Farben zeigt die dahinter verborgene saubere Gesellschaft ihre wahre Frage der Deszendenz. Da steht man die von Angenehme geplagte alte Offizierskaste, vom General bis herunter zum Leutnant. Diese können es immer noch nicht verstehen, daß ihr blutiger Soldatenverruß für immer vernichtet sein soll. Die Köpfe über Partien, Schießereien in der Laube, jeden Augenblick bereit, ihre unangenehme Geruchszug wieder anzurichten. Innererlei wo der Feind steht, innen oder außen; nur immer „siehe drauf“. Was schert sich die Bourgeoisie über einige tausend Leichen — es werden ja doch nur Proletariatsleichen sein!

Staatsanwälte, Geheim- und Gerichtsräte lauern hinter dem Berg der Paragraphen, um diese gegen kommunistisch denkende Arbeiter in Anwendung zu bringen. Und wehe dem, der in den Netzen hängen bleibt! Wenn alle Mütter, Frauen und Kindertränen, gewohnt ob der Urteile dieser Justiz gegen Arbeiter, sich zu einem Bache vereinen würden, dann wäre die Justiz schon längst erstickt. Fast alle sind eifrige Mitglieder der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei. Sie kennen nur einen Feind: das nach Freiheit lebende Proletariat! Sie sagen es immer wieder: Nicht weiter wollen wir ruhen, bis der letzte Kommunist vertilgt ist!

Sommerkrieger, Doktoren, Studenten, Fabrikanten und Geschäftleute sind emsig bemüht, die Verbindung mit Drogen, Eipo und Reichswehr anzuschließen. Die Frauen dieser sogenannten besseren Stände, weitgehend im Scheine der Volkstätigkeit, ihren Organisations- ergebnisse und erlogen Material zuzuführen und können nicht davor zurück, in die Arbeiterwohnungen zu gehen und in der schäbigsten Art und Weise den Frauen irgendwelche unüberlegten Worte zu entlocken, die dann im Triumphgeheul beim Fünfling-Lee zu Romanen und Schwärmerdichten verwendet werden, die der Staatsanwaltschaft aber genügend Grund bieten, gegen feindselige Arbeiter Beschwerden zu unterbreiten. Mit unbedingter Sicherheit und juristischer Spitzfindigkeit stellt man fest, daß kommunistische Mordverurteilungen existieren, daß der Generalkommandant der Roten Armee in der Stadt verhaftet ist und über ungeheure Waffenlager verfügt. Ferner weiß man auch aus „zuverlässigen Quellen“, daß bei den Wahlen kommunistische Stoßtrupp die Wahllokale fürren und die Wahlen unmöglich gemacht werden sollen.

Und nach all diesen irtzünftigen Meldungen hin, ohne bestimmte Unterlage, werden Pläne zu allgemeinen Hezjagen auf die Arbeiterklasse ausgeklüffelt. Der Regierungsapparat wird in Bewegung gesetzt. Alles alarmbereit! Truppen werden nachts per Auto herangeholt; Straßen und Plätze abgeperrt; Stoßtrupp der Eipo, mit den modernsten Kampfmitteln ausgerüstet, bringen in die Häuser ein, durchwühlen fundental alles, was ihnen in die Hände fällt. Selbst die Bilder an den Wänden werden nach Kriegsplänen durchsucht. Polizeitrupps durchwühlern die Privatwohnungen und ergötzen sich an den armenigen Beständen der Hausfrau.

Man findet nichts! Zählend und mit Hut auf den Gesichtern, wo Männer das heim und verdächtig sind, werden sie unter starker Bewachung in das Gefängnis geführt. Auf den Straßen daselbe Spiel — Arbeiter werden durchsucht und weggeschleppt.

In den Wohnungen der sogenannten „besseren Gesellschaft“ herrscht Gemüt mit heller Freude, unheimliche Spannung. Über draußen bleibt alles still. Man schimpft schon ärgerlich über die „humane“ Tätigkeit der Eipo. Sollte denn wirklich nichts gefunden sein — sollte denn keine rote Armee existieren — setzt sich denn kein Kommunist zur Wehr? Man lauert auf den ersten Schuß, der den Tanz einleiten soll! Schade, wie schön und interessant wäre es doch, wenn es losginge!

Man hat also nichts gefunden! Das ganze Lagergehäuse ist elendiglich zusammengedrückt. Die verhafteten Arbeiter müssen wieder freigelassen werden. Der Justiz droht unheimliche Blamage, deshalb muß ein ehrenvoller Rückzug geordert werden. In der bürgerlichen Presse erscheinen folgende: „Vereitelter kommunistischer Aufstand! Hausdurchsuchungen mit Erfolg! Die Führer geflohen! Material nach vorheriger Warnung vernichtet!“

Ihre Arbeiter aber haben gelernt und lern immer wieder. Galtet die Augen auf, laßt euch nicht provozieren, bildet eine geschlossene Front — den Feind kennt ihr! Laßt euch nicht einschüchtern, auch wenn man eure Genossen vor Ausnahmegericht zerrt. Die Blamage der Justiz wird dadurch nur um so größer.

Regierung und Landtag in Sachsen

Im sächsischen Landtag wurde ein Antrag der Regierung auf Bewilligung einer Summe von 500 Millionen Mark abgelehnt und ein bürgerlicher Antrag, der die Summe auf 250 Millionen Mark reduzierte, angenommen. Das Stimmverhältnis betrug 44 bürgerliche Stimmen gegen 43 der Sozialdemokraten und Kommunisten. Vor der Abstimmung über einen kommunischnen Antrag auf Entzifferung des Religionsunterrichtes aus den Schulen, beschließen die Reichssozialisten den Sitzungs-saal und verhielten so die Entscheidung.

Ueber diese letzterwähnten Verfahren der Reichssozialisten wollen wir lediglich registrierend hinzusetzen, ein Kommentar hierzu erscheint uns recht überflüssig. Demeritswert ist aber die Ablehnung der 500-Millionen-Mark-Kredite. Dieser Fall illustriert recht deutlich, auf wie schwachen Füßen die sozialistische Regierung in Sachsen steht. Merkwürdig berührt es uns ja, daß die Regierungsparteien für diese wichtige Entscheidung nicht einmal die Mehrheit zusammen hatten; allzu straffe Disziplin scheint in ihren Reihen nicht zu herrschen.

Polizeiliche Streichung der November-Revolution in Mecklenburg

Das Polizeiamt in der Mecklenburgischen Seestadt Rostock hat die Novemberrevolution in der Weltgeschichte gestrichen. Ein Rostocker Bürger verlangte eine Beschneidung seiner Wahlberechtigung für die Landtagswahl, worauf ihm das Polizeiamt folgenden Bescheid sandte:

Polizeiamt der Seestadt Rostock, Rostock, den 15. Februar 1921.
3. Antrag v. 14. d. Mts.

Ihren Antrag vom 5. d. Mts. auf Ausstellung eines Bescheidigung für Sie gem. § 17 Siffer 2 der Wahlordnung für die Neuwahlen zum Landtag kann ich aufsprachen werden, weil Sie durch Urteil des Kriegsverrichts der Aufführung des Kriegsgerichts vom 10. Dezember 1917 wegen verurteilten Kriegsverrats zu acht Jahren und einem Monat Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Ausstoßung aus der Marine verurteilt sind und die Strafe nach Ausfuhr der Strafregistrierbescheide in Berlin vom 11. d. Mts. nicht gelöscht ist. (Unterschrift unleserlich.)

Die Novemberrevolution existiert also nicht für das Polizeiamt Rostock. Durch Erlass der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 sind für alle politische Straftaten Amnestie gewährt. Der Verurteilte hat auch im März 1919 von der Staatsanwaltschaft der W. Z. I Kiel ein Schreiben erhalten, in dem der Strafverlaß auf Grund der Amnestie bestätigt wurde. Seitdem war der Mann in Rostock und in Rostock als Statutenordner tätig. Er hat zur Nationalversammlung und zur ersten preussischen Landesversammlung gewählt, ja sogar von der Rostocker Polizei eine amtliche Wahlauforderung erhalten. Die Mecklenburger aber geniert das nicht. Regieren dort noch immer Fritz Reuters Bomuchelkappe?

Die Komödie der Zwangswirtschaft

Eine amtliche Meldung berichtet von einer Konferenz der Ernährungsminister, die in München stattfand und in der die Erziehungsbildung für das kommende Wirtschaftsjahr zur Debatte stand. Nach einem Vortrage des Reichsernährungsministers Herr m es stellte sich die überwindige Mehrheit der Konferenz auf den Standpunkt, den auch Herr m es eingenommen hatte, daß zwar die Aushebung der Zwangswirtschaft für Getreide noch nicht handgreiflich ist, doch eine andere Form, die dieses erreicht werden würde. Als geeignete Maßnahme hierfür wurde ein Umlageverfahren erachtet. Die Einzelheiten dieses Verfahrens sollen nach Bekanntwerden eines Sammelblattes mitgeteilt werden.

Das Spiel ist durchsichtig. Wodurch ist ein großer Mann im Gange, die arbeitende Bevölkerung zu begannen, in eine verschärfte Notlage zu bringen, um den Bauern erhöhte Profite zuzugewinnen. Pro forma soll die Zwangswirtschaft bestehen, de facto will man sie aufheben. Wenn die angeordneten Einzelheiten der Pläne vorliegen, werden wir noch näher darauf zurückkommen.

Die Stärke der Reichstagsfraktionen

Auf Grund der Reichstagswahlen in Preußen und Schleswig-Holstein ergibt sich unter Berücksichtigung der noch nicht verwendeten Reststimmen vom 6. Juni 1920 folgende Verteilung innerhalb der Parteien des Reichstags:

Partei	Zahl der Abgeordneten	Anteil
Deutschnationale	66	71
Deutsche Volkspartei	62	65
Hannoversche Landespartei	5	5
Zentrum	67	69
Bayerische Volkspartei	21	21
Bayerischer Bauernbund	4	4
Demokraten	45	40
U.S.P.D.	113	109
U.S.P.D.	59	61
U.S.P.D.	24	26
Gesamt	466	469

Die starke Unabhängige Fraktion ist, wie die Preußenwahlen zeigen, völlig ohne Nüchtheit in den Massen, eine Aufgabe, die den Reichsparteien sicher Anlaß gibt, jede passende Gelegenheit zur Vereinfachung von Neubahlen zu benutzen.

Die Amtsniederlegung Dr. Hugos

In der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates erklärte der Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo, daß er sein Amt als Reichsbevollmächtigter der Außenhandelsstelle niederlege. Grund: die großen Papierpreisschwankungen, über die wir bereits eingehend berichtet haben.

Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten. Der württembergische Landtag beschloß, die Immunität des Abg. H. App aufzuheben. Herr App, ein hrammer deutschnationaler Bauernführer, wird des Betrugs beschuldigt. Er scheint auch eine leuchtende Staatsstüge zu sein.

Ausland

Londoner Konferenz und Ereignisse in Vorderasien

Bisher wurde in einer Zusammenkunft, wie bereits gemeldet, eine Erklärung der griechischen Vertretung angefordert und in der nächsten gestern wurde ein Brief des Emirs Feisul versenden, der sich antwort, die Forderungen der Araber vor dem Obersten Rat vertreten zu dürfen. Die Konferenz bestimmte aber den Londoner Vertreter des Königs von Syriens als Verhandlungspartner. Ein Verzicht der stantischen Regierung um die Beschleunigung der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit wurde sonst unzulänglich. (Lilauen gilt als unverläßlich und bolschewistenfreundlich.)

Ferner wurde beschloffen, die türkischen Vertreter zu hören, denen man einen Tag Zeit gelassen hat, sich anzumähen. Es werden

also folgende drei Könige aus dem Morgenlande Bericht erstatten: 1. der Rebell Kemal für Kleinasien durch seine Delegation, 2. der treue Sultan in Konstantinopel durch seine Delegation, 3. der König Hussein von Hezbah (Arabien).

Aus dem nahen Orient kommen andauernd Marinadeflechten, die sich zum Teil widersprechen. Nach einer Neutermelbung sollen die Bolschewisten in Georgien einmarschiert sein, Zillis erobert und die georgische Armee gefangen gesetzt haben. Zu dieser Meldung liegt auch ein Telegramm vor, das der Herr Wajmest, Berliner Vertreter der georgischen Republik im Hauptorgan der antibolschewistischen Liga, in der „Freiheit“ veröffentlicht. Darin heißt es: Die Moskauer Regierung sei in Georgien eingetroffen ohne Kriegserklärung. Das Proletariat und die Bauern Georgiens verteidigen bis zum letzten Blutstropfen die Erhaltung ihrer Freiheit und kämpfen für das sozialistische Ideal (das ist für die kapitalistische Republik Georgiens gegen Sowjetrussland), regne daher auf die moralische Hilfe der ganzen sozialistischen Welt um.

„Sapas“ dagegen meldet, daß sogar die armenische Sowjetregierung von einer nationalistischen geführt wäre, daß die Truppen von Georgien die armenischen Bolschewisten, die fälschlich von Zillis der armenischen Hauptkämpfer, geschlagen hätten und daß sich die Lage in Georgien bessere, nachdem vor allem die Muselmanen der georgischen Regierung Wehrdienste leisteten, was, nebenbei gesagt, äußerst unwahrscheinlich ist.

Amerikas Mandatsanspruch für Mesopotamien und Palästina

(W.T.B.) London, 22. Februar. Wie aus Washington gemeldet wird, verlangt dort aus dem Staatsdepartement, daß die amerikanische Regierung dem Völkerbundrat die Forderung unterbreite, daß alle allierten und assoziierten Nationen in den Mandatsgebieten gleich Rechte erhalten sollen. Der Völkerbundrat des Staatsdepartements, in dieser Frage trotz des unmittelbaren bevorstehenden Regierungswechsels vorzugehen, wird seine Ansicht geschrieben, daß der Völkerbundrat, der jetzt in Paris tagt, eine sofortige Aktion in der Mandatsfrage, wie z. B. der Mandat für Mesopotamien und Palästina, plant.

(W.T.B.) Paris, 22. Februar. Nach Verteilung der Votkraft der Vereinigten Staaten über die Mandatsfrage erwiderte der Vorkörper des Völkerbundrates da Cunha u. a. eine Note der Vereinigten Staaten an den Völkerbundrat würde die Aufmerksamkeit der Staaten noch auf zwei Punkte lenken, an denen die Vereinigten Staaten nicht auf zwei Punkte nachkommen vorübergehen können, in erster Linie, wie sie sagen, nicht teilnahme der Vereinigten Staaten in der Frage der Mandatsgebiete, die fälschlich den Vereinigten Staaten im Großen Ozean liegt und deren Mandat vorher Japan zugesprochen worden war. Diese Punkte würden den Völkerbundrat für die Kabel des Stillen Ozeans. Die Vereinigten Staaten haben niemals diese Aufhebung an Japan anerkannt und erneuern ihren Einspruch. In zweiter Linie würden die Vereinigten Staaten Erklärungen über das französisch-englische Abkommen betreffs des mesopotamischen Petroleum verlangen.

In Amerika mehren sich die Kräfte für den Beginn einer geistigen Kolonialpolitik. Es verlangen vor allem nach den ehemals deutschen Kolonien in Afrika, nach Mesopotamien, neuerdings auch Palästina in Asien. Die Ansprüche werden jetzt nicht so sehr an den Völkerbund, als vielmehr gelegentlich der Londoner Konferenz erhoben.

Das kapitalistische Chaos

Das französische Abgeordnetenhaus hat am 22. Februar die Beschlüsse des Völkerbundrates über die Mandatsgebiete in Frankreich, aus denen unübersehlich hervorgeht, daß diese zum allergrößten Teil auf Rechnung der unzulänglich hergestellten deutschen Kolonialaufgaben zu setzen sind und daß sich die reichste französische Bergarbeiter angesichts des deutschen „Sozialsegers“ in immer steigender Maße zu feiern gezwungen werden. So haben zahlreiche Gruppen des Departements Lot vom französischen Staatshofe, anterior seit einem Monat keine Versandauforderung mehr erhalten und infolgedessen den Grubenbetrieb einstellen müssen, was den Bergarbeitern in Gestalt einer Einkommensminderung mitgeteilt wurde. Die gleiche Belohnung der Arbeitslosigkeit ging den Bergarbeitern von Pau de Dume, Allez, Agone et Bai, und der Jere zu. Teilweise Einstellung des Grubenbetriebes sind festgelegt in den Bergwerken von Singes, Montvicqz, Sainz-Pedrou, Sainz-Dezore, In Mure, Saint-Deraim, Perrier.

„Suchtversuch“

Erkundungs-Vorwand auch in Spanien

(W.T.B.) Mailand, 20. Febr. Aus Madrid wird gemeldet: Der sozialistische Abgeordnete Ferrer behauptet, in der Kammer eine Interpellation, bei welcher Ferrer behauptet, er führe gegen den General Martinez Anido, der als Aufgänger der Stadt verantwortlich für das Schredensregiment ist, bei dem bereits seit Monaten ansieht. Ferrer will nach, wie in der letzten Zeit die Polizei der Stadtverwalter Erfolge erlangen sich zu haben begannen. Am 20. Januar führte die Polizei einige Einnahmestellen, zum Vorkaufsdamm; als sie zu stehen versuchten, wurden drei getötet. Am nächsten Tage, den 21., wurden wieder drei Einnahmestellen beim Suchtversuch erschossen, und am 25. folgten ihnen wieder zwei Flüchtlinge. Aus Barcelona kommt die Nachricht, daß die Polizei in der Kammer der Anstaltsverwaltung eine Suchtversuchung vornahm, alle Häuser und Regier befugte nachte und das gesamte Gewerkschaftsnetz verarbeitete, welches in Reihen durch die bestellten Straßen der Stadt geführt wurde. Als Grund dieser Maßnahme wird angegeben, die Gewerkschaft hätte in ihren Zusammenkünften den Sturz des Gouverneurs geplant.

Die U.S.P.D. an die Kommunisten Spaniens

Die revolutionären Arbeiter Spaniens senden wir unsern besten Willen. Das kapitalistische System liegt in allen Ländern am Ende seiner Kräfte. Auch die Arbeiterklasse Spaniens muß mitmarschieren in den Kampfströmen der großen Weltarmee des Proletariats, der Kommunistischen Internationale. Im Namen von einer halben Million organisierter deutscher Kommunisten rufen wir euch zu: Tremt euch von euren reformistischen Führern, bereit euch von allen demokratischen Affektionen, kämpft für die Diktatur des Proletariats. Wieder mit der zweiten Internationale, wieder mit der Internationale proletarisch, tretet ein in die Kampfront der dritten, kommunistischen Internationale.

Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Weisse Justiz in Amerika

Das amerikanische Kriegsgericht verurteilte 6 Kommunisten, die ohne vorherige Genehmigung eine Parteiverammlung abgehalten hatten, zu je 3 Jahren Gefängnis. Der Vorsitzende des Gerichtes erklärte, daß die Parteimitglieder der Angeklagten ohne Einspruch auf das Urteil verzichteten.

Die Schweiz weist deutsche Kommunisten aus

Der Bundesrat hat den Schriftsteller Max Kling, geboren 1895 in Plancq (Schweiz) wegen kommunistischer Propaganda in Winterthur, Zürich, Lugern, Bern und Basel und der Schweiz ausgewiesen. Kling war in St. Gallen vorher verhaftet worden.

Groß-Berlin

Der Kampf um die Berliner Straßenbahn

Die vereinigte bürgerliche Meckler weiß, was es bedeutet, die Herrschaft über ein so großes Gemeinwesen, wie Berlin, in den Händen zu haben. Deshalb verfährt sie mit allen Mitteln, ihren bei den letzten Wahlen zurückgewonnenen Einfluß wiederzugewinnen.

Das Unternehmern kann nur eine Direktion wieder aufrichten, die mit ausreichenden Vollmachten versehen ist. Das ist die Aufgabe, um aber die brutale Offenheit ein wenig abzumildern, läßt er etwas weisse Seife mit einfließen und fährt fort:

Über auf solche allgemeinen Behauptungen gibt die Stimmereisse keine Rücksicht. Sie hat wichtigere Argumente: Sie kommt mit Zahlen. Da nicht der Sachverständige, aber der Jurist, das ist bei den Straßenbahnen 1920 bis 1900 Wagen pro Jahr aus der Reparatur gefahren wurden, bei einer Arbeiterzahl von 650 Mann, während die Leistung im letzten Jahr auf 600 Wagen zurückgegangen ist.

Als ganz unzureichend muß auch der Zustand einzelner Straßenbahnstrecken bezeichnet werden. Die aus der Verbedingung stammen, und bei denen eine Überprüfung der Wagen. In dem aber nur unter sehr erschwerten Bedingungen möglich ist. Hierdurch entstehen natürlich auch ganz außerordentliche hohe Kosten.

Die gewaltsame Erneuerung der Betriebsstoffe hat die meisten heutigen Straßenbahnen in Not gebracht. Neben der Sachversicherung, der Geldversicherung und der Versicherung des Kapitals, die die Arbeiter in der Straßenbahnindustrie haben, ist die Versicherung des Lebens.

der Selbstversicherung und der verletzten Arbeitskraft fällt für Berlin besonders ins Gewicht, daß der Zustimmungsvortrag, der zwischen der Stadt Berlin und der früheren Straßenbahngesellschaft bestanden hat, der Unternehmer keinen ausreichenden Zwang auferlegt, die Anlagen und Betriebsmittel belassen zu unterhalten, zu erneuern und zu verneuigen.

Wie die Kommunalisierung des Anschlagwesens hinterzogen werden soll

Bekanntlich hatte die Stadtbetriebsvereinbarung einen besonderen Anschlag eingeleitet zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Verstaatlichung des Anschlagwesens. Vorhergehend ist der internationale Kaiser Post. Dieser Umstand bildet die Erklärung für die, daß das von der Firma Paul & Sartmann gemacht.

Die am Montag, den 21. Februar stattgehabene Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks 11 (Berlin-Schöneberg) befaßte sich mit der Angelegenheit des Anschlagwesens. Zunächst wurden unter den bürgerlichen Parteien unterschieden sehr gut verteilt, so daß für die sozialistischen Parteien nicht mehr viel übrig blieb. Zum Bürgermeister wurde Stadtrat Dr. W. B. (SPD), und zum stellvertretenden Stadtrat Dr. M. (SPD) gewählt.

Die Humpe Postkasseler. Fast täglich meldet der Postgelehrte, daß irgendeine eine Kassa teilgenommen habe und daß laundwieviele Personen ohne Wohnung aufgegriffen und dem Postamt übergeben worden. Das hat in einer Zeit, wo etwa 60000 Wohnungen in Berlin zu wenig vorhanden sind, kein Kunststück zu machen.

Am 11. Februar vormittags sah ich in der Schönhauser Straße in einem Restaurant in der Ufficht, eine Zelle Kasse zu trinken. Wohl nur wurde das Lokal von Kriminalbeamten besetzt und alle anwesenden Gäste auf ein berechtigtes Auto geladen und nach dem Postamt gebracht. Dort wurde ich eingeliefert und am anderen Tage genommen, die Stättenkontrolle zu nehmen.

Der Nachdruck. Unter dieser Überschrift befindet sich die Druckpresse in verständlich geschulter Entrüstung über folgenden Vorfall: Am Ostbahnhof vor der Halle 3 wurden gestern abend von 10 Uhr von Büchsern und Beamten der Schutzpolizei fünf junge Mädchen dabei ertappt, als sie bereits die Eingangsflur betreten hatten, um an die dort logierenden Melioratorien heranzukommen.

ist der 14jährige Bernhard Weick, der sich wohnungslos umherstreift und seit dem Jahre 1914 schon in vier Erziehungsanstalten gewesen und immer wieder ausgebrochen ist. Seine Geschwister sind neben vier der 16jährige Arbeiter Bruno Witkowski und der 17jährige Bureaulehrer Franz Klabuda, die sämtlich in der Friedrichsberger Straße wohnen.

Wenn der Nachwuchs nicht nach Wunsch der Spieler ausgefallen ist, so ist vor allem daran schuld, daß während des Krieges von den herrschenden Kreisen alles getan worden ist, um dieses Ergebnis zu zeitigen. Die Lehrpersonen mühten sich Vätermordern. Die Schulen wurden zu militärischen und anderen Zwecken benutzt. Die Väter der Kinder waren im Felde, die Mütter wurden durch die Not in die Wollstoffabriken gezwungen. Die Kinder des Proletariats blieben fast und über die besten Einflüsse der Straße fast völlig überlassen.

Ein Raufgang zum vorjährigen Preisfest. Am 26. Mai beauftragten die streikenden Preisfesten eine Demonstration zum Zwecke der Vorbereitung und Kontrollierten bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die offengehaltenen Preisfesten. Im Laden des Preisfesten mit dem Namen des Preisfesten, das zu einer Auseinandersetzung mit dem Preisfesten und dem Preisfesten. Darunter war von der Staatsanwaltschaft ein hochmodernes Landrechtsverfahren zum Zweck der Vorbereitung und Kontrollierten bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die offengehaltenen Preisfesten.

Kleine Lokalnotizen

Glückliche Heirat. Gestern, den 18. d. M., wurde in der Stadt Berlin eine Heirat zwischen dem 28jährigen Ingenieurmeister Dr. J. K. und der 24jährigen Tochter des Kaufmanns Dr. H. K. vollzogen. Die Brautleute werden in der Stadt Berlin wohnen.

Für 200 000 M. Pflanzungen. In der Nacht zum Dienstag drangen Eindringler in das Pflanzgut von Rudolf Koch, Pflanzstraße 17, ein und stahlen Pflanzgut im Werte von 200 000 M. Auf die Wiederherstellung des gestohlenen Gutes ist eine Vernehmung von 20 000 M. ausgesetzt.

Ein Hund überfahren. Von der Straßenbahn überfahren wurde in der Berliner Straße in Panow der 68jährige Knabe Herbert Wittkopf aus der Panowstraße 4. Er verlor an einer Schädelfraktur in der Panowstraße Verletzung.

Veranstaltungskalender

Veranstaltungskalender mit verschiedenen Einträgen wie: Gewerkschaften, Schulveranstaltungen, Konzerte, etc. Ein großer Teil des Kalenders ist durch gestrichelte Linien verdeckt.

Fin unsere Postbezieher! Nicht unsere Zeitung aus, so ist zunächst mündlich oder schriftlich Beschwerde beim Vorleser des Bestellers einreichen. In diese Beschwerde erfolgreich, so werde man sich an den Verlag 'Die rote Fahne' wenden.

Ausgabe- und Inseraten-Annahme-Stellen der 'Roten Fahne' sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) A.-G.

Detailed list of distribution and advertising points across Berlin districts. Includes names of agents and their addresses, such as: Charlottenburg: Heineke, H. Hofmann; Mitte: K. H. Müller; Prenzlauer Berg: H. Müller; etc.

Bestellchein form for 'Die rote Fahne'. Fields include: Name, Wohnung, and the address: Die rote Fahne, in Groß-Berlin, Magisch frei ins Haus für 10 Mark, als Monatsabonnement für März. The form is partially filled out with a name and address.